

Landkreis Ebersberg

14. Wahlperiode 2014-2020/LSV/13. LSV-Ausschuss

**Protokoll****13. Sitzung des LSV-Ausschusses mit öffentlichem Teil
am Mittwoch, 05.07.2017 im Hermann-Beham-Saal im Landratsamt in Ebersberg**

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:27 Uhr

Vorsitzender: Robert Niedergesäß
Schriftführerin: Gabriele Huber**Anwesend sind:****CSU-FDP-Fraktion**Föstl, Magdalena
Mayr, Piet
Schwaiger, Johann
Wieser, Bernhard
Will, Renate
Zistl, Josef

Vertretung von Frau Bettina Zetzl

Vertretung von Herrn Josef Schwäbl

SPD-FraktionBittner, Ursula
Esterl, Martin
Platzer, Elisabeth**GRÜNE-Fraktion**

Goldner, Philipp

Vertretung von Herrn Franz Greithanner

Freie Wähler-FraktionFinauer, Franz
Weindl, Max

anwesend ab 16:10 Uhr

AG AfD-BP-ödp-parteilos

Eckert, Christian

Abwesend sind:**CSU-FDP-Fraktion**Schwäbl, Josef
Zetzl, Bettinavertreten durch Frau Renate Will
vertreten durch Frau Magdalena Föstl**GRÜNE-Fraktion**Greithanner, Franz
Kirchlechner, Melanievertreten durch Herrn Philipp Goldner
entschuldigt

Robert Niedergesäß
Vorsitzender

Gabriele Huber
Schriftführerin

Inhalt:**Öffentlicher Teil**

- TOP 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
- TOP 2 Bürgerinnen und Bürger fragen
- TOP 3 Haushalt 2017, Zwischenbericht 2017, Liegenschaften/ Brand- und Katastrophenschutz
Vorlage: 2017/2825
- TOP 4 Ersatz der provisorischen Containerklassenzimmer am Humboldt-Gymnasium Vaterstetten und Ausbau auf 1.500 Schüler
Vorlage: 2017/2914
- TOP 5 Sozialer Wohnraum im Nebengebäude der ehemaligen KSK-Zentrale; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.06.2017
Vorlage: 2017/2926
- TOP 6 Kostenbericht Erweiterung Realschule Ebersberg; Kostenvergleich der letzten Schulbaumaßnahmen
Vorlage: 2017/2917
- TOP 7 Bekanntgabe von Eilentscheidungen
- TOP 8 Informationen und Bekanntgaben
- TOP 8.1 Ladeinfrastruktur E-Mobilität;
a) Förderantrag des Landkreises vom 30.01.2017
b) Antrag der Fraktion Bündnis 90 die Grünen vom 28.02.2017
Vorlage: 2017/2859/1
- TOP 9 Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
- TOP 10 Anfragen

Öffentlicher Teil

TOP 1	Feststellung der Beschlussfähigkeit und Einwände zur Niederschrift der vorausgehenden Sitzung
-------	---

Der Landrat eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden sowie Frau Dr. Rappel, Schulleiterin des Humboldt-Gymnasiums Vaterstetten und stellt die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest. Die Niederschrift der letzten Sitzung des LSV-Ausschusses am 01.06.2017 liege dem Gremium noch nicht vor, sei aber im Entwurf fertiggestellt.

TOP 2	Bürgerinnen und Bürger fragen
-------	-------------------------------

keine

TOP 3	Haushalt 2017, Zwischenbericht 2017, Liegenschaften/ Brand- und Katastrophenschutz
-------	--

2017/2825

1/14/LSV/Zwischenbericht 2017

An der Beratung nahmen teil: Brigitte Keller, Abteilungsleitung 1, Zentrales und Bildung

Frau Keller erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (Anlage 1 zum Protokoll).

Die Planeinhaltung 2017 sei in der Ergebnisrechnung nicht gefährdet. Zum aktuellen Stand werde davon ausgegangen, dass das Gesamtbudget des LSV-Ausschusses um 220.000 € unterschritten werde. Das Jahr 2017 sei ein ruhiges Investitionsjahr, so dass es keine Probleme und Überraschungen im Investitionsbereich geben werde.

Frau Keller bittet um Kenntnisnahme des Zwischenberichts.

Auf Anfrage von KR Josef Zistl teilt der Landrat mit, dass die Übergabe der Turnhalle der Realschule Poing laut Bauleitung am 06.11. vorgesehen sei. Vor einigen Wochen habe der PPP-Partner Mitte Oktober als Übergabetermin zugesichert.

Gemäß Kostenplan betragen die Kosten der Sanierung 1,2 Mio. €. Da die Sanierung in Folge der Belegung durch Asylbewerber erfolge, habe die Regierung 100 % der Kosten freigegeben und übernommen.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der LSV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Auch im nächsten Jahr ist dem LSV-Ausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.



einstimmig angenommen

TOP 4	Ersatz der provisorischen Containerklassenzimmer am Humboldt-Gymnasium Vaterstetten und Ausbau auf 1.500 Schüler
--------------	---

2017/2914

11/SE

Vorberatung

SFB-Ausschuss am 29.06.2017, TOP 4 ö

An der Beratung nahmen teil:

Beate Müller-Meisinger, SG 13; Liegenschaftsverwaltung

Herbert Jungwirth, SG-Leiter 13; Liegenschaftsverwaltung

Dr. Friederike Rappel, Schulleitung Humboldt-Gymnasium Vaterstetten

Der Landrat führt kurz in den Sachverhalt ein. Diese Angelegenheit sei bereits mehrfach behandelt worden und es habe bereits ein Ortstermin stattgefunden. Die Container seien nicht zukunftsfähig. Der Arbeitsgruppe Masterplan sei der Sachvortrag vor zwei Wochen zugeleitet worden.

Frau Müller-Meisinger erläutert dem Gremium, dass die Voruntersuchungen Ende letzten Jahres weder das künftige Raumprogramm für das G9, noch Richtlinien für den erweiterten Flächenbedarf für neue Lernkonzepte berücksichtigen konnten. Hochgerechnet vom bestehenden Raumangebot wurde eine vorläufige Flächenannahme für 1.500 Schüler getätigt und mögliche Baukörper für die Erweiterungsfläche im Nordosten des Grundstücks (entlang der Rossinistraße) untersucht.

Zum jetzigen Zeitpunkt sei daher nur ein äußerst grober Kostenrahmen für die Erweiterungsmaßnahme zu nennen. Für ein Gebäude entsprechend den energetischen Leitzielen des Landkreises sei mit ca. 14,25 Mio. € (einschließlich eines Kostenzuschlags von 30 %) wegen der Planungsunschärfe einer Machbarkeitsstudie zu rechnen. Auf der Grundlage der bisher erhaltenen Fördermittelquote von ca. 25 % auf die förderfähigen Kosten sei mit Fördermitteln von ca. 3,5 Mio. € zu rechnen, so dass sich die Nettokosten des Landkreises auf ca. 10,75 Mio. € belaufen würden.

Ab Projektbeschluss sei für die Vergabeverfahren bei den Projektsteuerungs- und Planungsleistungen mit einem Vorlauf von ca. einem halben Jahr zu rechnen. Planung und Umsetzung werden dann einen Zeitraum von zweieinhalb bis zweidreiviertel Jahren beanspruchen. Es sei denn, es gäbe zeitliche Verzögerungen durch die Vergabeordnung und dem europäischen Wettbewerb.

Der Landrat zeigt Folien des SFB-Ausschusses vom 29.06.2017:



Gymnasium Vaterstetten

Mögliche Erweiterungsvarianten

Machbarkeitsstudie für 3 Ausbaustufen:

1.400 Schüler

1.500 Schüler

1.700 Schüler sind auf dem Grundstück darstellbar.



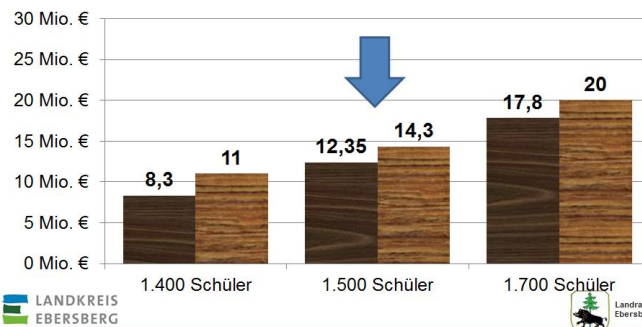
Folie 4 von 7

SEB-Ausschuss, am 29.06.2017 – TOP 4c

Gymnasium Vaterstetten

Erweiterungsbedarf - Machbarkeitsstudie

Für die Passivhaus-Holzbaweise ergeben sich (inkl. 30 % Kostenungenauigkeit) folgende Grobkosten:



Folie 5 von 7

SEB-Ausschuss, am 29.06.2017 – TOP 4c

KRe Bernhard Wieser und Max Weindl regen an, den Ausbau mit PPP-Partnern zu prüfen. Der Landrat könne sich das grundsätzlich bei einer neuen Schule vorstellen, aber nicht auf dem gleichen Grundstück mit einer bereits bestehenden Schule und zwei verschiedenen Systemen.

Herr Jungwirth bestätigt diese Meinung.

KRin Renate Will merkt an, dass Räume für die Angebote „Ganztagsklassen“ und „Lernlandschaften“ benötigt würden.

Herr Jungwirth erklärt, dies und die Flächen für G9 seien gewichtige Themen im Masterplan Schulen.

Auf die Nachfrage von KRin Elisabeth Platzer, wie die Schule die drei Jahre der Planung und Umsetzung des Anbaus überbrücken könne, antwortet Frau Dr. Rappel, dass so viele Schüler, wie nach dem Abitur abgingen, wieder aufgenommen würden. Die Fluktuation in den kommenden Jahren dürfte gleich sein. Was nur eingeschränkt angeboten werden konnte, war die offene Ganztagschule. Spannend werde es, wenn die G9 Jahrgänge in die 6. Klas-

se kommen und, aufgrund des Wegfalls von G8, keine Nachmittagsbetreuung vorhanden sei.

Nach Abschluss der Beratung stellt der Landrat den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Der LSV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Dem Kreis- und Strategieausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Dem Kreistag wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

- 1. Das Humboldt-Gymnasium Vaterstetten soll auf 1.500 Schüler ausgebaut und die Containerklassenzimmer ersetzt werden.**
- 2. Die Maßnahme wird für 2018 von der Warteliste genommen.**
- 3. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Haushaltsplanung 2018 die Kosten für diese Maßnahme näher zu berechnen und dem LSV-Ausschuss zur Beratung vorzulegen. Die weiteren Planungs- und Prüfungsschritte (u.a. staatliche Zuschüsse) sollen vorbereitet und den zuständigen Gremien jeweils zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt werden.**



einstimmig angenommen

TOP 5	Sozialer Wohnraum im Nebengebäude der ehemaligen KSK-Zentrale; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 16.06.2017
-------	--

2017/2926

SG 13

An der Beratung nahmen teil:

Josef Köll, SG 13; Mitarbeiter Liegenschaftsverwaltung

Herbert Jungwirth, SG-Leiter 13; Liegenschaftsverwaltung

Zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erläutert Herr Köll, dass das Gebäude über eine Nutzfläche von rd. 250 m² (einschließlich Dachgeschoss) verfüge. Das Gebäude wurde 1989 nach dem seinerzeitigen Standard renoviert.

Der Landrat teilt dem Gremium mit, dass die Raumplanungen des Landratsamtes noch nicht abgeschlossen seien. Das Ergebnis solle offen geprüft und alle Argumente, was es koste und ob das Gebäude als Büro oder Wohnung genutzt werde, miteinbezogen werden.

KR Philipp Goldner als Vertreter der Antragstellerin erläutert kurz den Antrag.

KR Christian Eckert macht auf die Situation der Parkplätze aufmerksam, worauf der Landrat zusichert, dies in die Prüfung mitaufzunehmen.

Herr Jungwirth erklärt, dass die Parkplätze im Umfeld des KSK-Gebäudes für die Besucher vorgehalten werden sollen. Bei Wohnraumnutzung des Nebengebäudes müssten Parkplätze berücksichtigt werden.

Der Landrat stellt den Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage zur Abstimmung.

Der LSV-Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu prüfen und das Ergebnis in einer der nächsten Sitzungen des LSV-Ausschusses vorzulegen.



einstimmig angenommen

TOP 6	Kostenbericht Erweiterung Realschule Ebersberg; Kostenvergleich der letzten Schulbaumaßnahmen
-------	--

2017/2917

Vorberatung

An der Beratung nahmen teil: Jens Wilke, Mitarbeiter SG 13; Liegenschaftsverwaltung
Herbert Jungwirth, Leiter SG 13; Liegenschaftsverwaltung
Hans Gröbmayr; Klimaschutzmanager des Landkreises

Herr Wilke erläutert den Sachverhalt der Sitzungsvorlage anhand einer Präsentation (Anlage 2 zum Protokoll).

Zum Kostenvergleich der letzten Schulbaumaßnahmen informiert Herr Wilke, dass es keine wesentlichen Kostenunterschiede zwischen den verschiedenen Bauarten (Passiv oder EnEV bzw. Holzbau/Massivbau) gäbe, solange nur die Bruttogeschossfläche verglichen werde.

Beim Vergleich mit der Nutzfläche wurde festgestellt, dass das aus Holz errichtete Passivhaus höhere Kosten als ein vergleichbares Gebäude in Massivbauweise und nach EnEV habe.

Die Gründe lägen vor allem am erhöhten Bedarf an Technikflächen aufgrund der Passivhausvorgaben, sowie der größeren Konstruktionsfläche, die dem massiven Holzbau geschuldet sei.

Bei allen Schulbaumaßnahmen sei ein hohes Maß an technischen Einrichtungen eingebaut worden. Es sei verglichen worden, wie sich die Strom- und Wartungskosten vor und nach den baulichen Maßnahmen verändert haben. Ergebnis war, dass aufgrund der erhöhten Strom- und Wartungskosten die Einsparungen durch die energetische Ertüchtigung wieder zunichte gemacht worden seien.

Der Landrat spricht ein Lob für den sehr übersichtlichen und gut dargestellten Kostenvergleich aus, dem sich das Gremium anschließt.

Im Gremium werden die Vor- und Nachteile einer Zertifizierung angesprochen, mit dem Ergebnis, diese aus Kostengründen wegzulassen. Konsens im Gremium ist, dass Holz eine gute CO₂ – Bilanz habe, Wärme eingespart worden sei und der Landkreis in Eigenstromerzeugung investieren müsse.

Herr Jungwirth erklärt, dass aufgrund der dargestellten Zahlenvergleiche im Bereich Bau- und Betriebskosten zukünftige Bauprojekte auf deren Realisierung der Leitziele hin unter-

sucht und deren Umsetzung in Einzelfallentscheidungen im Ausschuss beraten und beschlossen werden müsse.

Frau Müller-Meisinger teilt mit, dass der Zweckverband Realschule Vaterstetten KfW-55-Standard erreicht habe.

TOP 7	Bekanntgabe von Eilentscheidungen
-------	-----------------------------------

keine

TOP 8	Informationen und Bekanntgaben
-------	--------------------------------

TOP 8.1	Ladeinfrastruktur E-Mobilität; a) Förderantrag des Landkreises vom 30.01.2017 b) Antrag der Fraktion Bündnis 90 die Grünen vom 28.02.2017
---------	---

2017/2859/1

Vorberatung

ULV-Ausschuss am 15.03.2014

ULV-Ausschuss am 21.06.2017

An der Beratung nahmen teil:

Josef Köll, Mitarbeiter SG 13; Liegenschaftsverwaltung

Herr Köll liest den Sachverhalt der Tischvorlage vor:

a) Förderantrag des Landkreises vom 30.01.2017

Das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur (BMVI) fördert derzeit Projekte im Bereich der Elektromobilität, insbesondere kommunale Mobilitätskonzepte. In Abstimmung mit Landrat Niedergesäß und unter Beteiligung des Klimaschutzmanagers Gröbmayer wurde ein entsprechender Antrag zur Förderung eines Elektromobilitätskonzepts für den Landkreis Ebersberg gestellt.

Der Antrag an das BMVI wurde wie folgt begründet:

„Mit der Erstellung dieses Elektromobilitätskonzepts sollen Grundlagen für die Mobilität der Zukunft in der Region geschaffen werden. Ziel ist die Steigerung des Anteils umweltfreundlicher nachhaltiger Antriebstechnologien durch die Umsetzung des Konzepts.“

Die Studie soll zwei Schwerpunkte umfassen und dabei folgende Fragen beantworten:

1. Wie können die nötigen Voraussetzungen im Bereich der Fahrzeuge und Ladeinfrastruktur geschaffen werden?
2. Wie kann auf Nutzerseite die Akzeptanz für Elektromobilität erhöht werden?

Im zweiten Bereich rücken intermodale Wege in den Mittelpunkt, die im Moment häufig aus PKW-Strecke, Umstieg am P+R Platz und Weiterfahrt mit S-Bahn und weiterem ÖPNV bestehen.

Die Studie dient der weitreichenden Umstellung von konventionellen auf elektrische Antriebe

in der Region.

Der Ausbau der kommunalen Elektro-Fuhrparks inklusive geeigneter Ladeinfrastruktur soll stimuliert werden.

Eine für alle Bürger zugängliche Ladeinfrastruktur soll auf Grundlage der Studienergebnisse aufgebaut werden, wobei zentrale Rollen bei der Umsetzung für die kommunale Energiegenossenschaft (REGE e.G.), die Energieagentur und das kommunale Energiewerk (EBERwerk) vorgesehen sind.

Um dem Ziel eines adäquaten, parallelen Ausbaus der Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen gerecht zu werden, soll die Konzeption Lösungen für die optimale Verknüpfung von Ladeinfrastruktur und Erzeugungsanlagen untersuchen.

Die Gesamtkosten für die Erstellung des Konzeptes betragen voraussichtlich 87.750 €. Die Förderung beträgt max. 80 %. D. h. der Landkreis Ebersberg muss Eigenmittel in Höhe von ca. 17.550 € aufwenden, die jeweils zur Hälfte in den Jahren 2017 und 2018 anfallen.

Soweit die Mittel 2017 anfallen, seien es überplanmäßige Ausgaben, da die Förderung zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung noch nicht bekannt war. Für 2018 können die Mittel in die Haushaltsplanung einfließen.

b) Antrag der Fraktion Bündnis 90 die Grünen vom 28.02.2017

Bevor der o. g. Antrag erörtert werden kann, müssen einige grundlegende Entscheidungen getroffen werden.

Im Vorgespräch ist folgende Fragestellung aufgekommen:

Hat die Ausweisung bestimmter Parkplätze als E-Tankstelle Auswirkungen auf den Stellplatznachweis?

Sofern notwendige Kfz-Stellplätze nicht mehr für den vorgesehenen Nutzerkreis uneingeschränkt zur Verfügung stehen, können diese nicht mehr als nachgewiesene Stellplätze i. S. d. Baurechts anerkannt werden. Dies sei der Fall, wenn Ladesäulen für E-Autos eine Nutzung durch andere PKWs ausschließen.

Nachdem sowohl bei den Mitarbeitern als auch bei den Besuchern des Landratsamtes der Anteil der mit Ladesäulen bestückten Stellplätze den derzeit realen Anteil an E-Autos deutlich übersteigt, können diese Stellplätze nicht mehr als nachgewiesen anerkannt werden.

Eine entsprechende Regelung würde die Zulassung einer Abweichung von der Einhaltung des Stellplatzbedarfs im Einvernehmen mit der Stadt Ebersberg erfordern. Die tatbestandsmäßigen Voraussetzungen hierfür lägen aber nach Auffassung des Bauamts derzeit nicht vor.

Wenn die Stellplätze der E-Tankstelle von „jedermann“ genutzt werden können (z. B. durch spezielle Beschilderung kenntlich gemacht), dann wäre dies baurechtlich nicht zu beanstanden und würde den Nachweis an erforderlichen Stellplätzen nicht beeinträchtigen.

Aus der Sicht des Bauamts wäre aber eine Duldung für einen bestimmten Zeitraum („Testphase“) **grundsätzlich denkbar**. Eine abschließende Prüfung zur Duldung eines Probebetriebs müsste aber noch gesondert erfolgen. Hierzu müssten eindeutige Angaben über Lage und Anzahl der E-Ladesäulen in Bezug auf den Gesamtstellplatznachweis vorgelegt werden.

Da in nahezu allen Gemeinden im Landkreis Regelungen zur Anzahl der notwendigen Kfz-Stellplätze in örtlichen Stellplatzsatzungen getroffen wurden, müssten etwaige Planungen hinsichtlich der Schaffung von E-Ladesäulen mit den Gemeinden abgestimmt werden.

Grundsätzlich sei diese Rechtslage auch auf Schulen anzuwenden. Eine Ausnahme wäre hier denkbar, wenn durch Dienstanweisung o. ä. sichergestellt werden kann, dass ein Teil der Lehrerparkplätze mit E-Ladesäulen ausgestattet werde und diese bei Bedarf auch für kraftstoffbetriebene Fahrzeuge von Lehrern genutzt werden (ähnlich der Regelung mit der Beschilderung).

Wie dargestellt sei die Ausstattung von notwendigen Kfz-Stellplätzen mit Elektroladestationen nach der derzeit geltenden BayBO aus bauordnungsrechtlicher Sicht problematisch. Es werde daher der Bayerische Landkreistag gebeten, hier im Sinne der E-Mobilität eine Klärung herbeizuführen.

Einzelne Maßnahmen / konkrete Maßnahmen werden im Zuge der Haushaltsberatung 2018 (KSK, PV-Überdachung) erörtert.

Da sich der Landkreis Ebersberg zur Aufgabe gemacht hat, bis 2030 frei von fossilen Energieträgern zu sein und das Klimaschutzkonzept vorsieht, dass ein Teil des Verbrauches durch Elektromobilität substituiert werden soll, wurde zwischenzeitlich der Antrag auf „Fuhrparkumstellung des Landratsamtes Ebersberg auf E-Mobilität“ beim Bund gestellt.

Derzeit betreibe das Landratsamt einen Fuhrpark mit Autos, die fast ausschließlich noch einen konventionellen Verbrennungsmotor haben. Aus diesem Fuhrpark werden in einem ersten Schritt (im Herbst 2017) sieben Autos mit vier reinen Elektroautos und drei Hybrid-Fahrzeugen ersetzt. In einem zweiten Schritt im Jahr 2018 werden die restlichen vier Fahrzeuge auf zwei reine Elektroautos und zwei Hybrid-Fahrzeuge umgestellt.

Zudem werden 3-4 Ladesäulen angeschafft und somit im Parkdeck des Landratsamtes eine Lademöglichkeit für insgesamt 9 Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

Nach der Fertigstellung des KSK-Gebäudes werden neben den Wallboxen für die Dienstfahrzeuge, weitere zehn Lademöglichkeiten für Mitarbeiter geschaffen.

Nach den Ausführungen von Herrn Köll wird im Gremium das Problem der noch nicht ausgereiften Speichermöglichkeiten sowie der geringen Reichweite von E-Mobilität angesprochen. Nutzer von E-Mobilität würden entweder zu Hause oder am Arbeitsplatz laden. Von daher wäre es ein weiterer Schritt in Richtung Energiewende, die landkreiseigenen Grundstücke mit Ladesäulen für Mitarbeiter und Besucher zu bestücken.

Diese Bitte solle an die Genehmigungsbehörde im Landratsamt herangetragen werden.

TOP 9	Bekanntgabe aus nichtöffentlicher Sitzung
-------	---

keine

TOP 10	Anfragen
--------	----------

keine

Der Landrat stellt fest, dass es keine Anfragen und nichtöffentliche Tagesordnungspunkte gibt und schließt die Sitzung um 17:27 Uhr.

Ende der Niederschrift der öffentlichen Sitzung.

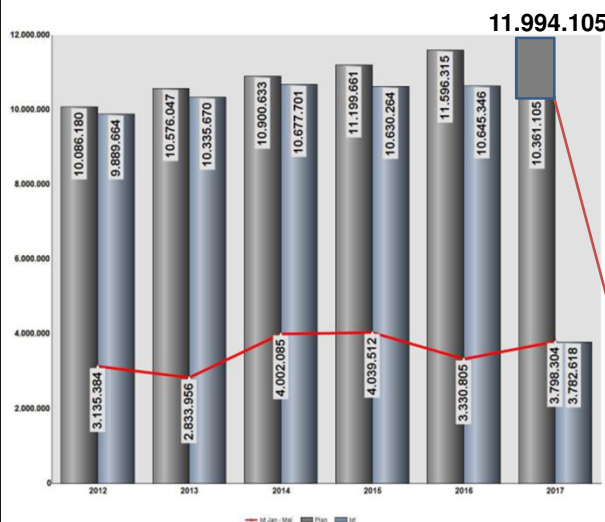


Landkreis Ebersberg
Finanzmanagement

LSV-Ausschuss am 05.07.2017, TOP 3

Haushalt 2017; Zwischenbericht 2017; Liegenschaften / Brand- und Katastrophenschutz

Ergebnisrechnung - Entwicklung



Im Planjahr 2017
stehen **1.235.210 €**
weniger zur
Verfügung als im
Plan des Vorjahres.

Im Vorjahr flossen
950.969 € nicht ab.

Aber: Besonderheit
Grundstücksverkauf
1.633.000 € in
Erträgen!



Entwicklung der Mittelausschöpfung

	% 31.05.	Ist		Ist / Plan %	Planerfüllung in %
		Jan - Mai	Jan - Dez		
2010	27,18%	2.600.731	8.014.416	83,76%	16,24%
2011	31,44%	3.020.007	9.694.895	100,93%	-0,93%
2012	31,09%	3.135.384	9.889.664	98,05%	1,95%
2013	26,80%	2.833.956	10.335.670	97,73%	2,27%
2014	36,71%	4.002.085	10.677.701	97,95%	2,05%
2015	36,07%	4.039.512	10.630.264	94,92%	5,08%
2016	28,72%	3.330.805	10.645.346	91,80%	8,20%
2017	36,66%	3.798.304	3.782.618	36,51%	63,49%

Der Mittelabfluss liegt mit einer Ausschöpfung von 36,66 % deutlich über dem Vorjahr.



Investitionen

Auf die detaillierte Darstellung der Investitionen wird im Zwischenbericht verzichtet, weil dies zu diesem Zeitpunkt keine Aussagekraft hat.

Dem Finanzmanagement liegen keine Erkenntnisse vor, welche die Einhaltung der Planansätze gefährden könnten.

Für das Jahr 2017 wurden Investitionen in Höhe von 6,1 Mio. € geplant. 4 Mio. € davon betreffen Investitionen im Zuge des Kaufs des Kreissparkassengebäudes. Der restlichen 2,1 Mio. € verteilen sich auf kleinere Investitionsmaßnahmen.



Die Kostenstellen

Die Zwischenstände der 40 Kostenstellen sowie die Begründungen der prognostizierten Unter- bzw. Überschreitungen sind der Sitzungsvorlage auf Seite 4-6 zu entnehmen.

Die Liegenschaftsverwaltung rechnet insgesamt mit einer **Planunterschreitung** von rund **220.000 €**.

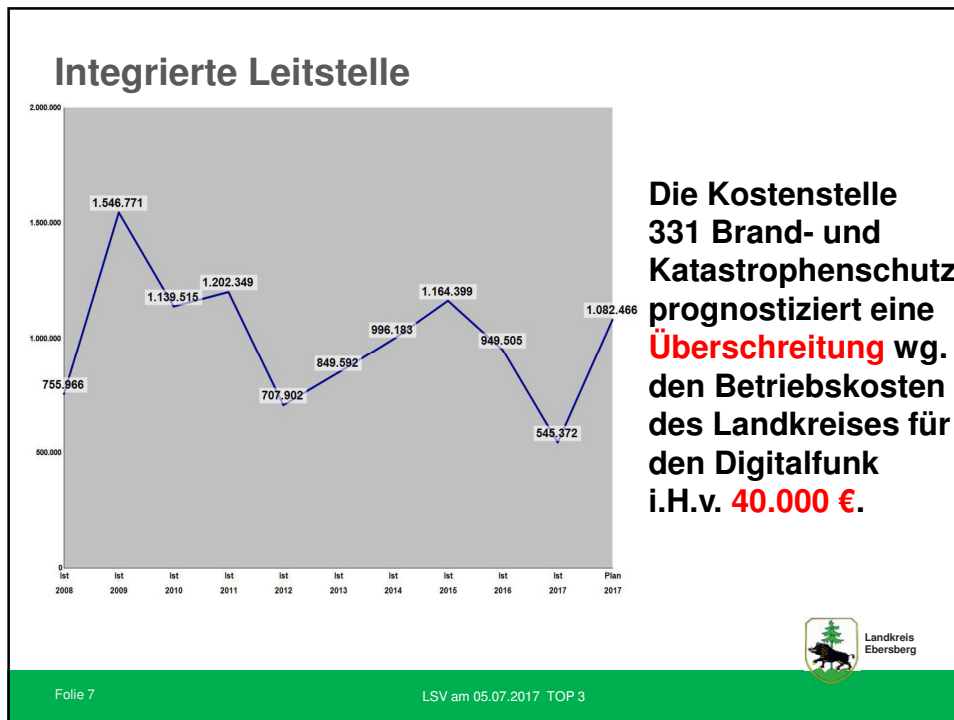


Die Kostenstellen

Folgende Abweichungen werden erwartet:

	Jan - Mai				Prognose
	Ist				
	2014	2015	2016	2017	
941 Liegenschaftsamt	432.357	383.580	403.900	475.541	- 90.000 €
943 Gebäude - Haupthaus	287.387	404.594	390.940	377.050	+ 35.000 €
950 Grundstücke und sonst.kreiseigene Gebäude (ohne Naturschutz)	-12.804	-14.226	-124.936	-327.900	- 310.000 €
955 Gebäude RS Poing (incl. Außen- u.Sportflächen)	409.567	316.740	331.903	342.738	+ 35.000 €
957 Gebäude Gymnasium Vaterstetten (incl. Außen- u.Sportflächen)	335.632	303.800	329.390	339.726	+ 60.000 €
958 Gebäude Gymnasium Markt Schwaben (incl. Außen- u.Sportflächen)	253.423	313.965	276.907	316.282	+ 400.000 €
959 Gebäude Gymnasium Kirchseeon (incl. Außen- u.Sportflächen)	654.282	628.781	566.910	613.303	- 190.000 €
960 Gebäude Landwirtschaftsschule EBE	-292	-13.927	-13.148	-17.316	- 90.000 €
980 Turnhalle Realschule Poing	18.325	86.328	-47.584	-22.932	- 155.000 €
986 Turnhalle Gymnasium Kirchseeon	-6.449	-16.124	-70.663	20.114	+ 45.000 €





Auswirkungen auf den Haushalt


Die Planeinhaltung 2017 ist in der Ergebnisrechnung nicht gefährdet.

Zum aktuellen Stand wird davon ausgegangen, dass das Gesamtbudget des LSV-Ausschusses um **220.000 € unterschritten** wird.

Bei den Investitionen wurden auch keine Abweichungen gemeldet.

Folie 8

LSV am 05.07.2017 TOP 3



Beschlussvorschlag

Dem LSV-Ausschuss wird folgender Beschluss vorgeschlagen:

Auch im nächsten Jahr ist dem LSV-Ausschuss in dieser Form über den Stand des Haushaltsvollzuges zu berichten.





Landratsamt Ebersberg
Liegenschaftsverwaltung

**Abschlussbericht Erweiterung Realschule
Ebersberg**
◆
Kostenvergleich der letzten Schulbaumaßnahmen
◆
Vergleich Betriebskosten

LSV-Ausschuss am 5. Juli 2017

Abschlussbericht Erweiterung Realschule Ebersberg

Entwicklung der Baukosten:

Beschluss LSV vom 26.10.2011	5.150.000 €
Gesamtkosten vom LSV / Kreistag beschlossen	5.729.500 € incl. Ausstattung
Abschlussbericht KMP vom 08.02.2016	5.741.399 €
Mehrung	11.899 € oder 0,21 %
Mehrung gegenüber Urbeschluss (26.10.2011)	591.399 € oder 11,48 %

Es fehlen noch:

Abriss der Behelfsbauten (Container und Pavillon) ca. 250.000 €

Abschlussbericht Erweiterung Realschule Ebersberg

Entwicklung der Baukosten:

Gründe für die Kostensteigerungen:

Steigerung des Preisindex (Preiserhöhungen) 7,5 % = ca. 386.250 €

Index 04/2011 = 103,2 %

Index 01/2015 = 110,7 %



Folie 3 von 8

LSV am 5. Juli 2017



Abschlussbericht Erweiterung Realschule Ebersberg

Entwicklung der Baukosten:

Mehrungen gegenüber der Kostenberechnung

Die Mehrungen der fünf teuersten Gewerke beliefen sich auf 470.627 €

Davon entfielen allein auf die Zimmererarbeiten 220.330 € (47%)

- aufgrund der großen Abmessungen der Holzbauwerke gibt es nur sehr wenige Zimmereien, die diese produzieren können.

Minderungen gegenüber der Kostenberechnung

Die Minderungen der fünf teuersten Gewerke beliefen sich auf 233.535 €

Davon entfielen allein auf die Baumeisterarbeiten 83.169 € (36%)



Folie 4 von 8

LSV am 5. Juli 2017



Kostenvergleich der letzten Schulbaumaßnahmen

Kostenvergleich verschiedener Baumaßnahmen auf Basis der Gesamtfläche:

	Bauzeit	BGF	Baukosten	Kosten/BGF	Indiziert 2017	
Realschule EBE BA I	2008-2009	1.147 m ²	2.785.942 €	2.428 €/m ²	3.084 €/m ²	Massivbau, EnEV 2007
Realschule EBE BA II (Passiv)	2014-2015	1.977 m ²	5.741.399 €	2.904 €/m ²	3.165 €/m ²	Holzbau, Passivhaus
Realschule Vaterstetten Schule	2015-2017	1.084 m ²	3.359.635 €	3.100 €/m ²	3.100 €/m ²	Massivbau, EnEV 2013, KFW 70
Gymnasium Markt S. Bauteil 5	2011-2013	2.410 m ²	6.293.183 €	2.611 €/m ²	3.003 €/m ²	Massivbau, EnEV 2009
SFZ Grafing Mensa	2013-2014	395 m ²	1.245.507 €	3.153 €/m ²	3.437 €/m ²	Massivbau, Passivhaus „light“

Angenommen: 3 % Preissteigerung.

Daten zur Realschule Vaterstetten sind Prognosekosten, da noch nicht abgeschlossen.



Folie 5 von 8

LSV am 5. Juli 2017

Kostenvergleich der letzten Schulbaumaßnahmen

Kostenvergleich verschiedener Baumaßnahmen auf Basis der Nutzfläche:

	Bauzeit	HNF (inkl. NNF)	Baukosten	Kosten/HNF	Indiziert 2017	
Realschule EBE BA I	2008-2009	724 m ²	2.785.942 €	3.847 €/m ²	4.772 €/m ²	Massivbau, EnEV 2007
Realschule EBE BA II (Passiv)	2014-2015	1.044 m ²	5.741.399 €	5.499 €/m ²	5.829 €/m ²	Holzbau, Passivhaus
Realschule Vaterstetten Schule	2015-2017	914 m ²	3.359.635 €	3.676 €/m ²	3.676 €/m ²	Massivbau, EnEV 2013
Gymnasium Markt S. Bauteil 5	2011-2013	1.443 m ²	6.293.183 €	4.361 €/m ²	4.885 €/m ²	Massivbau, EnEV 2009
SFZ Grafing Mensa	2013-2014	300 m ²	1.245.507 €	4.152 €/m ²	4.525 €/m ²	Passivhaus „light“

Angenommen: 3 % Preissteigerung.

Daten zur Realschule Vaterstetten sind Prognosekosten, da noch nicht abgeschlossen.



Folie 6 von 8

LSV am 5. Juli 2017

Vergleich der Betriebskosten

Betriebskosten Realschule Ebersberg (Wärme) im Vergleich der Bauteile:

	BGF	in %	Wärme	in %	Kosten / a	KWh/m2	Kosten/m²
Realschule Ebersberg	11.857 m²	100	503.680 kWh	100	48.428,82 €	42,48 Watt	
Altbau 1967	8.733 m²	74	438.200 MWh	87	42.132,36 €	50,18 Watt	4,83 €
BA I (EnEv 2007)	1.147 m²	10	32.740 MWh	6,5	3.147,87 €	28,54 Watt	2,74 €
BA II (Passivhaus)	1.977 m²	16	32.740 MWh	6,5	3.147,87 €	16,56 Watt	1,59 €

Wenn die gesamte RS-EBE in der gleichen Bauweise, wie der Altbau ausgeführt wäre, würde man zahlen:

Wärme	Baukosten	Mehrkosten
57.269 €	+ 8.841 €	

Wenn die gesamte RS-EBE als EnEV 2007 (BA I) ausgeführt wäre, würde man zahlen:

Wärme	Baukosten	Mehrkosten
38.083 €	- 10.346 €	36.566.988 €

Wenn die gesamte RS-EBE als Passivhaus (BA II) ausgeführt wäre, würde man zahlen:

Wärme	Baukosten	Mehrkosten
18.853 €	- 29.576 €	37.527.405 € + 960.417 €



Folie 7 von 8

LSV am 5. Juli 2017

Kostenvergleich der letzten Schulbaumaßnahmen

Entwicklung Unterhaltskosten Technik (Wartung) vor und nach Sanierung / Erweiterung:

		vor Baubeginn	nach Fertigstellung	Mehrung	in %
Realschule Ebersberg	Wartung	12.740 €	16.684 €	+ 3.944 €	+ 31 %
Realschule Markt Schwaben	Wartung	13.429 €	31.749 €	+ 18.320 €	+ 136 %
Gymnasium Markt Schwaben	Wartung	24.621 €	43.540 €	+ 18.919 €	+ 77 %
Realschule Ebersberg	Strom	130.090 kWh	184.907 kWh	+ 54.817 kWh	+ 42 %
Realschule Markt Schwaben	Strom	148.379 kWh	181.014 kWh	+ 32.635 kWh	+ 22 %
Gymnasium Markt Schwaben	Strom	187.389 kWh	259.277 kWh	+ 71.888 kWh	+ 38 %



Folie 8 von 8

LSV am 5. Juli 2017